



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aber es war nicht der Frieder; es war der Türkendres. Der Rödnersfrieder war ja auch verschwunden vom Tanzboden nach dem tollen Tanz mit der Christel. Er hatte sich aber nicht erst auf weitere Beobachtung begeben. Er war wie geknickt in sein Bett gekrochen. Und in selbiger Nacht hatte auch sein achtjähriges stummes Elend begonnen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Rundgebungen für die Flotte. Die Rundgebung der Kaufleute und Industriellen Deutschlands für die Marinevorlage, die am 13. Januar d. J. im Kaiserhof in Berlin versammelt waren, hat in erfreulicher Weise Zeugnis davon abgelegt, daß die in der reaktionären grundsätzlichen Opposition gegen die fortschrittliche Handelspolitik des Kaisers verharrenden Berliner Kaufleute und Industriellen in den oberen Schichten der deutschen Kaufmannschaft auf keine nennenswerte Gefolgschaft mehr zu rechnen haben. Sie wird im In- und Auslande nicht ohne Wirkung bleiben, sie wird aber hoffentlich auch auf den Reichstag den berechtigten und unerläßlichen Druck ausüben, den — wenn die Zeitungen recht berichten — der Vorsitzende des Zentralverbands deutscher Industrieller in seinen die Versammelten begrüßenden Eröffnungsworten in unbegreiflicher Ängstlichkeit als durchaus außerhalb des Zwecks der Rundgebung liegend bezeichnet hat. Praktisch handelte es sich in erster Linie um einen Einfluß auf die bevorstehenden Beschlüsse des Reichstags, dessen Mehrheitsparteien zwar die Notwendigkeit der Flottenverstärkung und die Mäßigkeit der Forderungen der Regierungen für diesen Zweck an sich zugegeben haben, aber leider zum Teil trotzdem die Absicht verraten, die Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, die hoffentlich auch Herr Häfner als unsachlich, zweckwidrig und unvernünftig anerkennt, mögen sie nun in Zentrumsinteressen oder in agrarischen oder freisinnigen gestellt werden. Es ist der deutschen Kaufmannschaft dringend zu raten, beim Geltendmachen eines gewissen Einflusses auf die Handelspolitik der nächsten Zukunft nicht all zu leise zu treten, sondern mit offenem Bistir zu fechten, wenn die verbündeten Regierungen sie als zuverlässige Stützen anzusehen lernen sollen. Der Einzelne mag dabei ja ab und zu sein Geschäftchen machen; mit der Aufgabe, die der Handelsstand, zu dem unsre Großindustrie ganz und gar gehört, in der Weltpolitik des deutschen Reichs zu lösen hat, verträgt sich diese Taktik nicht mehr. Die ganze Rundgebung bleibt trotz unsrer Hochachtung vor dem praktischen Sinne der Rundgeber ein Schlag ins Wasser, wenn sich die deutsche Kaufmannschaft nicht ganz energisch aufrafft zum Kampfe gegen die unpatriotischen, sonderfächtigen, kleinlichen Parteitreibereien, die unser parlamentarisches Leben beherrschen, und ganz besonders im deutschen Reichstage. Die deutsche Nation hat das Recht, das von dem deutschen Kaufmannstande zu verlangen. Wer viel Macht hat, hat auch viel Pflichten, und wenn er die nicht erfüllt, dann soll er nicht klagen, wenn seine Macht als unerträglich erkannt und bekämpft wird.

Vergleicht man mit der Kundgebung der Kaufleute und Industriellen die Kundgebungen aus einem ganz andern Kreise von Männern, die zu sammeln und zu veröffentlichen die Allgemeine Zeitung sich das große Verdienst erworben hat, die Antworten der zweihundertfünfzig „Gelehrten,“ die ihr auf eine Umfrage über die Flottenfrage zugegangen sind, und die in den außerordentlichen Beilagen vom 11., 12. und 13. Januar vorliegen, so fällt, das müssen wir ehrlich bekennen, der Vergleich leider zu Gunsten der Gelehrtschaft aus. Hoffentlich wird die deutsche Kaufmannschaft daraus lernen, was sie zu leisten hat in ihrem eignen praktischen Interesse und in dem der Gesamtheit. Es ist uns freilich eine große Genugthuung, in den Urteilen der deutschen Gelehrten mit verschwindenden Ausnahmen eine Bestätigung der Berechtigung des Standpunkts zu finden, von dem aus wir bisher nach besten Kräften für die Handels- und Flottenpolitik des Kaisers eingetreten sind, mögen auch sonst unsre Anschauungen mit denen der Antwortgeber nicht immer übereinstimmen. Wir sehen hier in fast vollständiger Einstimmigkeit die Berechtigung und Notwendigkeit der kaiserlichen Politik bewiesen, es erfüllt uns mit aufrichtiger Freude, sagen zu können: möge diese Professorenweisheit dem deutschen Volk und der deutschen Kaufmannschaft bald und gründlich in Fleisch und Blut übergehen! Bei der Art der Kundgebungen — kurze Antworten auf eine Reihe kurzer Fragen — ist es schwer, dem Leser mit wenig Worten einen Überblick über den reichen Inhalt des Ganzen zu geben. Jeder gebildete Deutsche sollte die Antworten selbst lesen, selbst auf sich wirken lassen. Nur einige Äußerungen bekannterer Nationalökonomien möchten wir hervorheben und besondrer Beachtung empfehlen. Den Reigen hat der alte Schäßle in vier schon im Dezember in der Allgemeinen Zeitung erschienenen Artikeln eröffnet. Treffend schließt er seine Ausführungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung einer „starken Flotte“ mit folgender Mahnung. Seines Erachtens wären gerade die, die die vollste Entwicklung des Welthandels wünschten, also die Freihändler aller Schattirungen, vor allem die freihändlerischen Vertreter des am Export heute gewaltig interessirten Arbeiterstandes und des Exportindustrie- wie Exporthandelskapitals nicht bloß vollauf berechtigt, sondern auch vornehmlich berufen und verpflichtet, eine im Sinne der Tirpitzschen Vorlage ausreichend starke Flotte zu fordern und zu fördern. Die aus einer Blockade usw. entstehende wirtschaftliche Bedrängnis wäre in erster Linie empfindlich für die Lohnarbeiter, unmittelbar für die der Exportindustrie und der Handelschiffahrt, mittelbar aber wieder zumeist für den ganzen Arbeiterstand, da sich die Stockung mehr oder weniger auf alle Industriezweige ausdehnen würde, und die stark vermehrte Zahl überzähliger Hände einen Druck auf den Lohn im allgemeinen ausüben müßte. Dabei wäre in solchen Fällen an eine Auswanderung kaum zu denken. — Auch Lujo Brentano kommt diesmal mit einer ganz praktischen Betrachtung zum Vorschein, die von Herrn Häßler und Genossen dankend zu beherzigen sein wird. Kein Zweifel, meint er, daß die Entfaltung einer starken Macht zur See in asiatischen und südamerikanischen Gewässern unserm auswärtigen Handel und damit der weiteren Entwicklung des heimischen Gewerbleißes mächtigen Vorschub leisten würde. Indes genüge es dazu nicht, eine starke Flotte zu schaffen, ja es könnten alle wirtschaftlichen Wirkungen einer Flottenvermehrung durch eine Wirtschaftspolitik, die mit ihr in Widerspruch stehe, neutralisirt werden. „Wie könnte man durch eine Flottenvermehrung dem deutschen Handel, speziell der deutschen Ausfuhr, nützen, wenn man gleichzeitig durch hohe Zölle den auswärtigen Völkern es unmöglich machte, für unsre Produkte das zu geben, was sie zu bieten haben?“ Man solle nicht vergessen, daß sich eine blühende Handelschiffahrt und

eine starke Flotte gegenseitig bedingten, und daß sich eine blühende Handelschiffahrt mit Unterbindungen der Ausfuhr durch Einfuhrbeschränkungen nicht vertrage. Wer also eine starke Flotte wolle, müsse auch gegen alle Bestrebungen auftreten, die eine Schädigung unsers Handels und unsrer Ausfuhr durch Einfuhrbeschränkungen bezweckten. Gelangten sie zum Siege, so würde auch die größte Flottenvermehrung für die Erhaltung und Förderung unsers auswärtigen Handels und unsrer Handelschiffahrt bedeutungslos bleiben. Ähnliche Töne schlägt einer der „Neuen,“ Herr Max Weber an, wenn er sagt: „Eine ostentativ »gefällige,« die errungenen Vorbeeren schonende, allen überseeischen Expansionsgedanken ersichtlich abholde Politik, wie sie nach 1870 begann, konnte der Erweckung des Interesses an der Flotte gewiß nicht förderlich sein. Noch weniger aber kann dies in der Gegenwart eine Wirtschaftspolitik, welche sich von der allmächtigen agrarischen Phrase beherrschen läßt! Es ist begreiflich, daß zwischen dem Streben nach maritimer Macht und einer Politik, die Deutschlands kommerzielle Machtsstellung teils schon geschädigt hat, teils weiter preiszugeben sich bereit zeigt, ein Widerspruch gefunden wird. Nicht eine mit antikapitalistischen Schlagworten operierende Politik — selbstgenügsamer sogenannter Sammlung, sondern allein eine entschlossene Durchführung der Konsequenzen unsrer kraftvollen bürgerlich-gewerblichen Entwicklung — ohnehin die auf die Dauer allein mögliche Wirtschaftspolitik Deutschlands im Zeitalter des Kapitalismus, mag man ihn nun lieben oder hassen — kann für die bürgerliche Klasse dem Verlangen nach Macht zur See einen Sinn verleihen. Zum Schutze der Grundrente bedarf es keiner Flotte.“ Wir wünschen recht sehr, daß die „bürgerlichen“ Kreise sich das zu Herzen nehmen, aber dabei, mit den Herren Brentano und Weber zusammen, nicht vergessen, daß wenn Freisinn und Sozialdemokratie, Kaufmannschaft und Arbeiterschaft in unsinniger Verblendung der kaiserlichen Politik die Gefolgschaft versagen und jedes erdenkliche Hemmnis in den Weg legen, der Kaiser und die Regierungen gezwungen werden, um nicht das Ganze vernichten zu lassen, andre Stützen zu suchen, so unbequem diese auch sein mögen. Wir erkennen gern an, daß Brentano und Weber überzeugt und warm für die Flottenvorlage eintreten, aber wenn sie, sei es wissentlich oder aus Ungeßick, den achtundvierzig Arbeitervertretern im Reichstage und ihrer vaterlandsfeindlichen Partei Vorschub leisten und Kräftigung verschaffen, dann sind sie heute weit schärfer zu tadeln, als die Limburgs und Kardorffs, deren agrarische Gefolgschaft sich trotz alles Unverstands und Eigennuzes wenigstens scheut, das Reich tatsächlich der Übermacht rücksichtsloser äußerer Feinde preiszugeben. — Professor Oldenberg hält natürlich an seiner Verdammung der Exportindustrie fest, er bleibt der einseitige Verechter des Sazes: Handelspolitik gleich Eroberungspolitik. „Sollen die neuen Schiffe, sagt er, als Lokomotiven der einseitigen industriestaatlichen Entwicklung Deutschlands dienen, z. B. um den Export nach Ostasien zu forciren, so sind sie nicht überflüssig, sondern schädlich. Zweifellos haben wir in China Zukunftsinteressen auch ohne die Perspektive des Industriestaats, vielmehr im Sinne der Selbstständigkeitspolitik; z. B. Gewinnung eines eignen Gebiets für Baumwollenpflanzungen, dessen wir auf die Dauer doch nicht entbehren können, oder Gewinnung eines machtpolitischen oder wirtschaftspolitischen Austauschobjekts. Dafür brauchen wir eine offensive Kriegsslotte. Aber die militärische Erzwingung eines chinesischen Absatzgebiets für deutsche Exportwaren, deutsche Knöpfe oder deutsches Schießpulver, auch wenn wir zunächst die Macht dazu haben, ist eine praktische Unmöglichkeit, weil eine solche anachronistische Krämerpolitik in den Stil des zwanzigsten Jahrhunderts nicht hineinpaßt, weil sie keine Zukunft hat, und ihr einziger positiver Erfolg sein

würde, uns die japanische Bundesgenossenschaft zu entfremden, deren wir gegen unsern weitaus gefährlicheren Zukunftsgegner Rußland bedürfen werden.“ Es ist übrigens wohl sicher, daß Herr Oldenberg den Stil unsrer Handelspolitik im zwanzigsten Jahrhundert nicht zu bestimmen hat, ist er auch einer von den Allerneuesten, die sich selbst des unmöglichen erdreußen. Er braucht übrigens seine Baumwollpassion nur noch dem Schafwoll- und Weinwandregime zu opfern, um den agrarischen Idealen ganz zu entsprechen. Und dabei giebt es in der ganzen Welt keinen Professor, der sich in praxi mit unsern Agrariern auf die Dauer schlechter vertragen könnte, als dieser unpraktische, ehrliche, hartnäckige Großstadtstubegelehrte. — Über die finanzielle Seite der Frage äußert sich mit bekannter Klarheit und Lebhaftigkeit namentlich Adolf Wagner, hier erfreulicherweise nicht als Kampfgenosse Hardens. „Wir sollten das nicht leisten können, was Frankreich leistet! Das, mit 14 Millionen Einwohnern weniger, vorwieg aus seinen Einnahmen, und zwar durchaus aus seinen Steuererträgen, 800 Millionen Mark für seine Staatsschuldenverzinsung jährlich verwenden muß, wofür wir in Deutschland im Grunde keinen Pfennig Steuer brauchen! Denn unsre Schulden, auch die verschrieene „unproduktive“ Reichsschuld eingeschlossen, werden durch die Überschüsse unsrer Staatsbahneinnahmen allein, und wenn es not thut, durch die hinzutretenden der Domänen, Forsten, Bergwerke verzinst, und nach Abzug aller dieser Zinsen bleibt noch ein Erkleckliches übrig. Und wir haben nicht, wie die Franzosen, alle Steuerquellen erschöpft. Es geht auch für so kleine Forderungen, wie die jetzt verlangte Verstärkung der Marine, ganz gut mit den bisherigen Einnahmen und ihrer natürlichen Ertragssteigerung. Aber wenn es sein muß, ist es ein kleines, weitere Mittel flüssig zu machen . . . Es giebt kein traurigeres politisches Zeichen, als daß keine politische Partei offen wagt, ihren Wählern zu sagen: im Opferbringen für das Gemeinwohl liegt die erste Pflicht, aber auch die beste Kapitalanlage, die ein Volk und jeder einzelne gute Volksgenosse machen kann. Finanziell haben wir ohne jede wesentliche Schwierigkeit die Macht, eine Flotte gleich der französischen zu erlangen, eine so bescheidne Verstärkung, wie die jetzt verlangte, ist finanziell gar kein Objekt.“ — Über die „konstitutionellen Bedenken“ bemerkt der sich darin besonders vorsichtig gebende Schäffle: „Kein Parlament und keine Partei kann sich Beschlüssen entziehen, welche auf mehrere Jahre, sowie auf unbestimmte Zeit finanzielle Belastung nach sich ziehen. Septennate und Alternaten sind unvermeidliche Einrichtungen, welche der Ordnung aller öffentlichen Haushalte unentbehrlich und gerade für einen obersten Zweck konstitutionellen Lebens, für eine planvolle, rationelle, billige Staatswirtschaft unerläßlich sind.“ Nur fünf von den zweiundfünfzig deutschen Professoren haben wir genannt, und aus ihren Antworten nur wenige Sätze wiedergegeben. Sie mögen dazu beitragen, die Leser für das ganze Ergebnis der Umfrage zu interessieren, das hoffentlich als besondere kleine Schrift in den Buchhandel kommt.

Es läßt sich über die Entwicklung der Flottenfrage seit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag zur Zeit nichts sicheres sagen. Fest in ihrer Haltung wie immer, wo es den gesunden Fortschritt zu stören gilt, sind eigentlich nur die Sozialdemokraten. Auf keinen Fall darf man den parlamentarischen Sieg schon als entschieden betrachten. Aber der Kampf wird gute Früchte zeitigen über kurz oder lang, des sind wir sicher. Das Gewissen des deutschen Volks scheint sich schon zu regen. Nur jetzt kein Schacher zwischen Regierung und Parteien! Das Volk will den festen Willen sehen gegen rechts und links, in der Flottenpolitik wie in der Sozialpolitik. Es ist der Schwäche, des Schachers und des Zanks herzlich müde.

Die Christliche Mission in China. Ein Engländer, der viele Jahre in China gelebt hat und sich jetzt in London aufhält, schrieb kürzlich: „Ich war nicht wenig erfreut zu hören, wie thatkräftig Deutschland in China aufgetreten ist. England hätte längst ähnlich handeln sollen.“ Und die in Schanghai erscheinende China Gazette schrieb vor kurzem: „Endlich scheint die Geduld der westländischen Mächte erschöpft zu sein, und endlich scheint es, als ob strenge Abrechnung gehalten werden sollte mit den Mandarinen, die jahrelang ungescheut und ungestraft dem größten Frevel gegen die einfachste Menschlichkeit haben Vorschub leisten dürfen. Wir hoffen, daß Mandarin von dem widerwärtigen Schlage eines Li Ping-heng [des fremdenfeindlichen Gouverneurs der Provinz Schantung, dessen Namen man wohl nicht mit Unrecht mit der Ermordung der beiden deutschen Missionare in Zusammenhang bringt], durch das energische Vorgehen Deutschlands eine Lehre erteilt wird, die sie nicht leicht vergessen werden. Die chinesische Regierung war offenbar bereits zu dem Glauben gekommen, das Leben eines Missionars lasse sich immer mit einigen tausend Taels und mit der Enthauptung von ein paar Kulis aufwiegen. Bei frühern Bluthaten ähnlicher Art hatten sich allerdings westländische Regierungen leider immer wieder auf diese Weise abfinden lassen. Das war einfach schimpflich, denn darnach mußten Menschen wie Li Ping-heng annehmen, den europäischen Regierungen seien die im Reiche der Mitte wirkenden Missionare ziemlich gleichgiltig oder höchstens einiges Blutgeld wert. Jetzt werden die Mandarin wohl andrer Ansicht werden, und darüber muß jeder in China lebende Fremde froh sein.“

Diese Äußerungen geben einen Beweis von der bisher noch bestehenden Solidarität der Interessen der Ausländer im Reiche der Mitte. Wer eine Reihe von Jahren in China zugebracht hat, sei er nun Amerikaner oder Angehöriger irgend einer europäischen Nation, mußte bei der Nachricht des deutschen Auftretens in Kiaotschau unwillkürlich ausrufen: Endlich doch einmal eine That, und nicht bloß immer wieder Worte, wie wir sie in den letzten Jahren zum Überdruß von den Gesandten in Peking haben hören müssen!

Wie die China Gazette ganz richtig bemerkt, wird die deutsche That in ganz Ostasien sicherlich die allgemeinste Zustimmung gefunden haben. Die Chinesen hatten seit langer Zeit einen solchen Schlag verdient. Deshalb ist die anfangs auch in Deutschland vertretene Auffassung, unser Vorgehen sei gewaltthätig gewesen, nicht richtig. Als die ersten Nachrichten über Kiaotschau nach Europa kamen, berichteten die Zeitungen von einer großen Verblüffung der Engländer. Das war begreiflich. Die Engländer haben schon oft Anlaß gehabt, im Interesse der Ausländer in China so aufzutreten, wie es Deutschland jetzt gethan hat. Die englische Regierung hat aber die Sache offenbar immer für viel schwieriger gehalten, als sie war, zum größten Schaden des Ansehens der Kaukasier bei der mongolischen Kasse. Kein Wunder, daß man in London zuerst über den Mut Deutschlands erstaunt war. Inzwischen scheinen sich auch die Engländer entschlossen zu haben, mit den Chinesen so zu reden, wie es die Umstände erfordern. Im letzten North China Herald steht zu lesen: „Ein Chineser, der britischer Staatsangehöriger ist, war in Swatau von Mandarin in's Gefängnis geworfen worden. Der dortige englische Konsul konnte seine Freilassung nicht erwirken, weshalb er darüber nach Peking berichtete. Daraufhin ersuchte der englische Gesandte den zuständigen Admiral, einige Kriegsschiffe nach Swatau zu schicken. Dies geschah. Eins ging von Schanghai und eins von Hongkong dahin, was alsbald die Freilassung des widerrechtlich eingekerkerten Mannes zur Folge hatte.“ Niemand, der die Chinesen

kennt, wird sich hierüber wundern. Bei Mandarinen, die sich förmlich in ihren Fremdenhaß verrannt haben, helfen eben die klarsten und einfachsten Vernunftgründe nichts, sondern nur Gewaltmaßregeln.

Ähnlich ist es bisher in allen Missionsangelegenheiten gewesen. Der Behauptung, die man vielfach hört, daß die Missionsfrage in China sehr verwickelt sei, kann ich nicht zustimmen. Im Gegenteil, die Sache liegt ganz einfach. Ob es klug war, den Chinesen die christlichen Sendboten gegen den offenbaren Wunsch der Mandarinen und der Litteraten, also der führenden Kreise des Volks, aufzudrängen, ist schon längst eine mißliche Frage geworden. Die Missionare sind einmal da im Reiche der Mitte, und sie würden sich nicht mehr ohne den lebhaftesten Widerspruch großer und einflußreicher Kreise in Europa und in Amerika zurückrufen lassen. Mit dieser Thatsache muß man rechnen. Es fragt sich also: wie kann man diese im Innern des Reichs verstreuten Europäer und Amerikaner vor den ihnen sehr übelgesinnten Litteraten schützen? Die Antwort lautet: indem man Gewalt gegen Gewalt setzt. In einigen deutschen Zeitungen ist gesagt worden, man fordere von der chinesischen Regierung etwas, was sie nicht leisten könne, wenn man verlange, sie solle keinem Missionar im Innern des Landes ein Haar krümmen lassen. Nun, gewiß würde es nicht gerechtfertigt sein, in Fällen, wo Missionare wirklich und nicht nur angeblich von Räuberbanden oder von aufwühlenden Volkshaufen erschlagen worden sind, mit Panzerschiffen und Kanonen einzuschreiten, und solche Fälle kommen ja dann und wann vor. Aber bisher hat man meistens Gewißheit oder wenigstens sehr große Wahrscheinlichkeit dafür gehabt, daß Litteraten und Mandarinen das an sich ruhige Volk gegen die Christen aufgehetzt haben. Überall, wo es einmal einen fremdenfreundlichen Taotai (Regierungspräsidenten) giebt, da fürchten die Missionare nichts; nimmt der Taotai eine neutrale Stellung ein, so fürchten sie wenig; ist er dagegen missionsfeindlich, so sind sie niemals vor Angriffen sicher. Das ist nicht etwa eine aus der Luft gegriffene Behauptung, sondern der Beweis dafür ist schon oft geliefert worden. Noch kürzlich hat das die amerikanische Regierung der chinesischen amtlich ins Gesicht gesagt, wie die Schanghaier Blätter übereinstimmend berichtet haben. Nun mag ja der fremdenfeindliche Geist der unverantwortlichen Litteraten den verantwortlichen Mandarinen in der letzten Zeit vielfach über den Kopf gewachsen sein. Aber woran liegt es, daß diesen Herren der Kamm so sehr geschwollen ist? Nur an der Schlawheit der Ausländer, besonders der Engländer. Alle Asiaten werden nur noch fecker, wenn man sie in solchen Sachen, wie die Ermordung eines Missionars, glimpflich behandelt. Alle Asiaten werden aber mäuschenstill, sobald sie die Faust einer europäischen Großmacht gefühlt haben. In Hongkong oder in Singapore oder wo sonst viele Chinesen unter fremder Herrschaft wohnen, kommen niemals Unruhen gegen Missionare vor. Belehrungsversuche werden auch dort nach Kräften gemacht, ohne daß das Volk daran dächte, sich an den Missionaren zu vergreifen, weil es niemand dazu aufzuheizen wagt.

Eine Ironie des Schicksals ist es, daß gerade jetzt Deutschland Ursache hatte einzugreifen, wo sich schon die ersten Zeichen einer Besserung in der allgemeinen Lage der christlichen Sendboten im himmlischen Reiche bemerklich machten. Während man früher in den Kreisen der Regierung in Peking wie unter den hohen Satrapen in den Provinzen nichts von ihnen wissen wollte, beginnen den Mandarinen jetzt ein klein wenig die Augen über die Uneigennützigkeit der Missionare aufzugehen. Uneigennütziges Handeln zu begreifen ist für einen Chinesen sehr schwer, wenn nicht fast unmöglich. Daß den Mandarinen endlich eine Ahnung davon aufdämmert, daß

bei den Missionaren diese in ihren Augen sonderbare Tugend zu finden ist, wird hauptsächlich durch den Gegensatz zu den andern in China lebenden Ausländern bewirkt. Die hohen Mandarinen sind keineswegs alle gegen die Einführung von Reformen in ihrem Lande. Sie wissen nur nicht recht, wie sie die Sache am besten anfangen sollen, ohne den Fremden immer mehr Einfluß einzuräumen, den sie von ihrem Standpunkt aus natürlich nicht wünschen können. Nun sagen sie sich: die Gesandten und die Konsuln verfolgen mit ihren Vorschlägen vor allem politische Zwecke; die ausländischen Kaufleute und Industriellen denken nur an ihren Geldbeutel; aber die Missionare haben immer wieder betont, sie hätten lediglich das Wohl unsers Landes im Auge; diese Auffassung der Christen ist uns zwar nicht recht begreiflich, aber es mag wohl etwas Wahres daran sein. So haben wir denn seit kurzer Zeit das merkwürdige Schauspiel, daß die hohen Mandarinen anfangen, die früher so sehr gehaßten Missionare gelegentlich um Rat anzugehen.

Einige deutsche Zeitungen haben die Besorgnis ausgesprochen, die Chinesen könnten ihr Land dem deutschen Handel ganz verschließen, wenn wir die Dinge auf die Spitze trieben. Diese Besorgnis ist völlig grundlos. Nach dem Kriege Japans gegen China fanden die japanischen Kaufleute nirgends die geringste Schwierigkeit, die zeitweilig unterbrochen Handelsbeziehungen wiederanzuknüpfen. Und doch sind die Japaner im Reiche der Mitte im allgemeinen wenig beliebt. Aber es würde einem Chinesen einfach lächerlich vorkommen, gute Handelsbeziehungen nicht wieder aufzunehmen, weil seine Regierung einen ihm gleichgiltigen Krieg geführt hat. Alle aufmerksamen Beobachter stimmen darin überein, daß die Chinesen, obgleich man ihnen viel Heimatsinn zuschreiben muß, doch keinen Patriotismus in unserm Sinne haben. Aus diesem Grunde finden sie sich auch leicht mit einer fremden Herrschaft ab, solange man sie nur nicht in den Gewohnheiten ihres täglichen Lebens stört. Das Schicksal der Teilung des großen Reichs unter die europäischen Mächte wird sich schwerlich abwenden lassen. Sämtliche in Schanghai erscheinenden europäischen Zeitungen sind schon dieser Ansicht. So meint z. B. das *Celestial Empire*: „Die Freunde Chinas wollten bisher immer die Hoffnung noch nicht ganz aufgeben, daß sich das alte Reich endlich zu ernstlichen Reformen aufraffen werde. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß ein so großes Volk mit so vielen gemeinsamen Banden des Blutes, der Sprache, der Religion und der Geschichte wahrscheinlich unter fremde Eroberer verteilt werden wird. Aber wir müssen gestehen, es ist wenig oder gar keine Hoffnung auf eine andre Lösung der chinesischen Frage vorhanden.“ Möge man daher im deutschen Vaterlande andauernd scharf aufpassen, damit man bei dieser über kurz oder lang bevorstehenden Teilung nicht zu kurz komme.

Soziologisches. Da sich die Gelehrten bis heute weder über den Begriff der Gesellschaft noch über den der Gesellschaftswissenschaft haben einigen können, so schlagen wir wenigstens für die zweite eine Definition vor, deren Richtigkeit kaum zu bestreiten sein dürfte: ein neuer Name für ein Bündel alter Sachen. Damit wollen wir jedoch die Notwendigkeit und den Nutzen der neuen Wissenschaft nicht bestritten haben, denn sie lenkt durch ihre Auswahl unter den alten Sachen die Aufmerksamkeit gerade auf solche Wahrheiten und Thatfachen, deren Untersuchung und Erwägung in unsrer Zeit besonders not thut. Daher gehört Herbert Spencers Einleitung in das Studium der Soziologie, das die Berechtigung und Notwendigkeit der neuen Wissenschaft darlegt, zu den nicht ganz überflüssigen Büchern, und die Neuausgabe der schon vor zweiundzwanzig Jahren erschienenen deutschen Übersetzung

von Dr. Heinrich von Marquardsen (14. und 15. Band der bei Brockhaus erscheinenden Internationalen wissenschaftlichen Bibliothek, Leipzig, 1896) kann einigen Nutzen stiften. Der größte Teil des Werkes ist den Schwierigkeiten gewidmet, die alle Arten von Vorurteil der fraglichen Wissenschaft bereiten, was freilich auch von allen andern Wissenschaften verwendet werden könnte, das von der Trunksucht (S. 95 ff.) z. B. in der Moral, Politik, Geschichte und Kulturgeschichte. Spencer erinnert dort daran, daß in England die Trunksucht im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert ganz allgemein geherrscht hat, auch und sogar vorzugsweise bei den hohen und höchsten Ständen, daß sie aber seitdem — bloß durch einen Wandel des Geschmacks und der Begriffe des Anständigen und Schicklichen und ohne Anwendung eines vom Staat ausgeübten Zwanges — aus den oberen Schichten verschwunden und in den untern viel seltner geworden ist. (Dasselbe gilt bekanntlich für Deutschland, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Trunksucht, als ein Laster der Vornehmen, im siebzehnten Jahrhundert, in England dagegen, wie es scheint, erst im achtzehnten ihren Höhepunkt erreichte.) Die Führer der Mäßigkeitsbewegung aber, die eben mit der Ausrottung des letzten Nestes beschäftigt sind, bilden sich ein, das Laster sei in beständiger Zunahme begriffen und so furchtbar gefährlich, daß die Gesetzgebung mit Zwang dagegen einschreiten müsse. Ein wirklich sehr hübsches Beispiel dafür, wie nicht allein grobe Selbstsucht, sondern auch jede edle Leidenschaft gegen soziologische Thatsachen blind macht! Im übrigen ist Herbert Spencer mit seinem krassem Naturalismus nicht unser Mann. Einen recht geschmackvollen Ausdruck findet seine darwinische Auffassung in dem Satze (I, 243), mit dem die hohe Organisation der höhern Tiere erklärt werden soll: „Den nie aufhörenden Anstrengungen, zu fangen und zu fressen, und den nie aufhörenden Anstrengungen, dem Gefangen- und Gefressenwerden zu entgehen, muß die Entwicklung der verschiednen Sinne und der von denselben geleiteten verschiednen Bewegungsorganen [so!] zugeschrieben werden.“ Da Spencer neben dem Naturmechanismus keinen andern Entstehungsgrund der Wesen kennt, so muß er auf diese Ursache auch die Schönheit des Menschenleibes, zu deren wesentlichen Bestandteilen die Form der Bewegungsorgane gehört, und — die Seelenschönheit samt allen geistigen Schöpfungen des Menschen zurückführen, und dazu schütteln wir ungläubig den Kopf. — Spencer ist bekanntlich auf seine alten Tage eine Hauptstütze jener Schule geworden, die im Darwinismus die Grundlage einer aristokratischen Gesellschaftswissenschaft begrüßt. Der italienische Kriminalist Enrico Ferri dagegen beweist in seiner von Dr. Hans Kurella übersetzten Schrift: Sozialismus und moderne Wissenschaft, Darwin, Spencer, Marx (Leipzig, Georg H. Wigand, 1895), daß der Darwinismus zum Sozialismus führe; die von den Gegnern gerühmte Auslese sei nur ein Zersezungsprozeß, die echte, kulturfördernde Auslese werde erst in der sozialistisch organisierten Gesellschaft vor sich gehen. Ferri ist, gleich den übrigen sozialistischen Professoren Italiens, deren geistige Richtung sich aus den politischen Zuständen ihres Vaterlands leicht erklärt, ein achtungswerter Charakter und eine liebenswürdige Persönlichkeit. Das anstößigste an ihm ist ihm seine Feindschaft gegen die Religion. Die heutigen Religionen gelten ihm „als überflüssige Produkte einer moralischen Verknöcherung, die vor der Ausbreitung einer auch nur elementaren naturwissenschaftlichen Bildung schwinden müssen“ (S. 53). Ganz anders, wenn auch nicht verständiger, denkt Benjamin Kidd über die Religion, dessen Soziale Evolution in Deutschland einiges Aufsehen erregt hat, als ihre deutsche Übersetzung von E. Pfeleiderer (mit

einem Vorwort von Professor Dr. August Weismann; Jena, Gustav Fischer, 1895) erschien. Wir wollen die Hauptsätze von Ridds Lehre kurz zusammenstellen und jedem unsern Haupteinwand in Klammer beifügen. Der Mensch hat, sich selbst überlassen, „nicht den geringsten angeborenen Trieb, irgend einen Fortschritt nach irgend einer Seite hin zu machen.“ (Unbewiesene Behauptung!) Durch nichts andres hat daher ein Fortschritt entstehen können, als durch den auslesenden Daseinskampf. (Der Daseinskampf ist freilich eine der Triebfedern des Fortschritts, aber nicht die einzige, und ebenso oft auch Ursache des Rückschritts.) Da nun die Vernunft jeden Menschen sein eignes Glück erstreben lehrt, so würden die Menschen, wenn sie von der Vernunft allein geleitet würden, dem Leiden schaffenden Daseinskampfe, etwa durch eine sozialistische Organisation der Gesellschaft, ein Ende machen. (Als ob dazu ein bloßer Entschluß der Menschen hinreichte, und als ob die Menschen auch nur eines Volkes sich über den Plan einer solchen Organisation einigen könnten!) Damit würde aber der Fortschritt zum Stillstand gebracht, das Wohl der zukünftigen Menschheit dem Individualglück der jetzt lebenden Menschen geopfert. Daher ist eine Triebfeder notwendig, die den Menschen zwingt, sein Individualglück dem Interesse der Menschheit unterzuordnen und zu opfern. Diese Triebfeder ist die Religion, der Glaube an eine übernatürliche Macht, die den Altruismus gebietet. Die Religion darf und kann daher niemals aus der Vernunft abgeleitet werden, da es gerade ihre Bestimmung ist, die Vernunft zu überwinden. (Die Religion kann allerdings die Nächstenliebe befördern — manchmal thut sie das Gegenteil — und verhilft zur innern Ergebung in die Opfer, die dem Einzelnen die Weltordnung auferlegt. Aber nicht aus Religion und nicht aus Altruismus unterwirft sich der Einzelne äußerlich — und darauf allein kommts hier an — den harten Bedingungen des Daseinskampfes, sondern weil er nicht anders kann; die atheistischen Sozialdemokraten thun es ebenso vollkommen wie die frömmsten Christen.) Zuletzt verlaufen sich Ridds Betrachtungen in einem hoffnungslosen Gestrüpp von Widersprüchen. So z. B. soll in unsrer Zeit der Altruismus aufs höchste gestiegen und trotzdem die Lage der arbeitenden Klassen so elend sein, daß sie sich vor der Vernunft nicht rechtfertigen läßt, soll der Altruismus ein Hauptziel der Entwicklung sein und zugleich diese beeinträchtigen, weil er ja den Kampf mildert wo nicht gar aufhebt. Das einzige einigermaßen positive Ergebnis seiner Untersuchungen ist seine Ansicht, die Entwicklung strebe einem Zustande zu, wo alle, und zwar alle unter gleichen Bedingungen in den fortschrittfördernden Konkurrenzkampf würden eintreten können. Ridd stellt seine berühmten Landsleute Herbert Spencer und Huxley als Leute hin, die am Ende ihrer Forschungen mit ihrem Latein zu Ende seien und dem Greise auf dem Dache gleichen (dieses Bild gebraucht er freilich nicht), der sich nicht zu helfen weiß; er kann sich als dritter zu ihnen setzen. Das Theoretisiren wird dem Manne ungemein erleichtert durch seine köstliche Unwissenheit in allen den Dingen aus alten und neuen Zeiten, über die er sich weitläufig ausläßt. Den alten Griechen spricht er die Humanität ab, was er nicht thun könnte, wenn er auch weiter nichts als Xenophons *Cyropädie* gelesen hätte, und die Verwaltung Indiens durch die Engländer preist er als einen Ausfluß des englischen Altruismus. Den Gipfel des unfreiwilligen Humors aber erklimmt er mit dem Satz: „Die Baumwollenindustrie Indiens steht bereits in einer freundlichen Rivalität mit der von Lancashire“ (S. 291).

Sozialaristokratische Ideen nennt Karl Freiherr von Manteuffel seine bei Otto Liebmann (Berlin, 1896) erschienenen Betrachtungen, die vielfach an die Grenzboten anklängen und ungefähr auf den von Massow empfohlenen

Staatssozialismus hinauslaufen. — Neben den frommen preussischen Lutheraner stellen wir den frommen reformirten Republikanern Charles Secrétan, dessen Gedanken sich in der gerade entgegengesetzten Richtung bewegen. Seine Sozialen Schriften hat Eduard Plagghoff „in Auswahl“ übersetzt und 1896 bei J. C. B. Mohr, Freiburg i. B. und Leipzig, mit einer Biographie des als Professor der Philosophie in Lausanne verstorbenen Verfassers herausgegeben. Bei der Einweihung der dortigen neuen Universität 1892 ist dieser das letzte mal öffentlich aufgetreten und hat in seiner Rede gerufen: „Mit Kant von Königsberg, mit Pascal von Clermont-Ferrand, mit Paul von Tarsus, mit Jesus von Nazareth glaube ich, daß nichts in der Welt die sittliche Kraft aufzuwiegen vermag!“ Aus seinen Schriften spricht ein feiner, zarter, skeptischer, vorsichtig abwägender, aber in seiner Grundrichtung fester und entschiedener Geist. Diese Grundrichtung ist die religiös-gläubige („wer nicht recht weiß, was Sünde ist, ist nur ein Affe, vielleicht der geistreichste aller Affen“) in der Form des in republikanischer Luft erwachsenen reformirten Bekenntnisses. Er ist deshalb durch und durch liberal; er will den Kampf ums Dasein, er will die selbstsüchtigen Triebe frei walten lassen; nicht der Staat soll diese überwinden, sondern freie christliche Liebe und Gerechtigkeit sollen ihnen das Gleichgewicht halten. Mit Pressensé sagt er: „Weil der Staat das bewaffnete Recht ist und Zwang ausübt, hat er keinerlei Kompetenz in Sachen des Gewissens, denn der Zwang würde genügen, dieses unfruchtbar und tot zu machen und damit die Triebkraft des sittlichen Lebens zu hemmen.“ Seine Reformvorschläge laufen vorzugsweise auf Bodenbesitzreform hinaus. In seiner Utopie — er hat auch eine solche, eine hübsche, kleine geschrieben — werden die Leute, die Vermögen erwerben, als Wohlthäter des Volkes gefeiert. Sehr scharf spricht er sich gegen den Luxus aus, und die Entrechtung der Frau durch die männlichen Gesetzgeber erfüllt ihn mit Entrüstung. — Auf dem entgegengesetzten Pol, und trotzdem nicht gerade freundnachbarlich neben Manteuffel, finden wir Ferdinand Lassalle, der den Liberalismus haßte und die Staatshilfe hoch hielt. Dr. Lampertus Otto Brandt hat in seiner Broschüre: Ferdinand Lassalles sozial-ökonomische Anschauungen und praktische Vorschläge (Jena, Gustav Fischer, 1895) ein brauchbares Hilfsmittel zum Verständnis und zur Beurteilung des großen Agitators geliefert; er versucht nachzuweisen, daß Lassalle nur als Agitator aus Opportunittsrücksichten vielfach geschwankt habe, als gelehrter Theoretiker dagegen sich stets treu geblieben sei und von Anfang an dem radikalen Kommunismus gehuldigt habe. Daß der Anarchismus das gerade Gegenteil vom Sozialismus und Kommunismus ist, wird ziemlich allgemein erkannt oder auch absichtlich übersehen. E. v. Zentker hat bei den Gebildeten eine so staunenswerte Unwissenheit in Beziehung auf den Anarchismus gefunden, daß er beschloß, dessen Geschichte zu schreiben. Der Unwissenheit des Publikums, fand er weiter, entspricht die Praxis der Bibliotheken, die zwar „ihren Stolz drein setzen, möglichst vollständige Sammlungen aller Textausgaben von Herodot oder Sophokles zu besitzen,“ aber es unter ihrer Würde halten, die Schriften der anarchistischen Doktrinäre anzuschaffen. Er war deshalb gezwungen, sich an diese selbst zu wenden, und namentlich Clifée Reclus hat ihn mit Material versorgt, jedoch im Begleitschreiben bemerkt, er zweifle am Gelingen der Arbeit, denn on ne comprend rien que ce qu'on aime. So ist das Buch zu stande gekommen: Der Anarchismus, Kritik und Geschichte der anarchistischen Theorie. (Jena, Gustav Fischer, 1895.) Es reicht vollständig hin für jeden, der sich über den Gegenstand gründlich unterrichten will; auch die all-unbedeutendsten Führer der Sekte finden Berücksichtigung. Zu bemerken ist, daß

der Verfasser auch Herzkla und namentlich Dühring zu den Anarchisten rechnet, dagegen sehr lebhaft gegen solche protestirt, die Herbert Spencer (besonders wegen seiner Schrift: *The Individual versus the State*) und Friedrich Nietzsche dazu zählen möchten. Sein Endurteil läßt sich folgendermaßen zusammenfassen. Die Propaganda der That muß selbstverständlich als Verbrechen behandelt werden, aber Ausnahme-gesetze dagegen sind weder notwendig noch nützlich; Verbrechen bleibt Verbrechen, und wie politische oder sonst ideologische Beweggründe nicht als Milderungsgründe gelten dürfen, so darf man sie auch nicht als erschwerende Umstände auffassen. Die anarchistischen Theorien dagegen sind harmlose Hirngespinnste; sie sind irrig, sie sind utopisch, haben aber gleich allen theoretischen Irrtümern ihre Aufgabe und darum ihre Daseinsberechtigung. Die Aufgabe des Anarchismus besteht darin, daß er der Opposition gegen die herrschende Zeitrichtung den schärfsten Ausdruck verleiht, gegen eine Zeitrichtung, die den Zwang auf allen Gebieten fordert und alle alten Freiheitsideale als überwundene Jugendeuseleien verspottet. Ob sozialistischer Zukunftsstaat oder anarchistischer Absolutismus, meint der Verfasser, das komme doch auf eins heraus. Jedenfalls ist es nicht allein theoretisch korrekt, sondern auch praktisch wichtig, bei der Behandlung des Gegenstandes anzuerkennen, daß der radikale Liberalismus nicht zum Sozialismus, sondern zum Anarchismus führt. Zwar entsteht, wie in der Natur, so auch in der Gesellschaft, jedes aus jedem, aber doch nicht auf dieselbe Weise; wenn der Sozialismus den Liberalismus ablöst, so geschieht es nicht durch Fortbildung, sondern durch Umschlag; dabei befindet sich der Sozialismus auf der Seite des Staatsabsolutismus, wie er ja auch von diesem bei uns zur Zertrümmerung der liberalen Parteien benutzt worden ist. — Wir schließen unsre heutige Übersicht mit einem juristischen Buche, das von den Soziologen vielleicht als antisozial bezeichnet werden wird: Die Aufgaben der Strafrechtspflege von Dr. Richard Schmidt, Professor der Rechte in Freiburg i. B., Leipzig (Dunker und Humblot, 1895). Der Verfasser bekämpft die Bismarcksche Richtung und sucht nachzuweisen, daß die von dieser geforderte „Spezialprävention“ (bei der die Strafe in ein der Individualität des Verbrechers anzupassendes Heilverfahren übergeht) und die „Generalprävention“ (durch Erfüllung der Forderungen der vergeltenden Gerechtigkeit, wobei die Strafe ohne Rücksicht auf die Person des Verbrechers nach seiner That abgemessen wird) nicht gleichzeitig erreicht werden können, und daß bei Unvereinbarkeit dieser beiden Zwecke der Strafschutz der erste dem zweiten als dem wichtigeren zu weichen habe. Daß das geltende System, das den zweiten Zweck zu Grunde legt, verbesserungsbedürftig sei, leugnet Schmidt nicht, aber daß es ganz schlecht, daher der Verbesserung nicht fähig sei, bestreitet er den Reformfreunden der bezeichneten Richtung gegenüber.



Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wlth. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig